

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

67 (20.3.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. A. 3700 II.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 67

Dienstag, den 20. März 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die französische Abrüstungsnote ist am Montag in London überreicht worden, sie enthält nach der Pariser Presse eine Ablehnung des englischen Standpunktes.

Der Dreier-Vertrag von Rom wird in Paris nichttrübsinnig beurteilt, zumal er ein politisches und zwei Wirtschaftskontakten umschließt.

Die Sonntags-Rede Mussolinis hat in Paris starke Beachtung und Erregung ausgelöst.

In Wien wird nun mit der neuen Verfassung operiert, die die Heimwehr der Führung des Bundeskanzlers unterstellen soll.

Der Eintritt Rußlands in den Völkerbund wird von Moskau aus dementiert.

Die Zeitungsbetriebe am 21. März

Berlin, 19. März. Wie der Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger mittelst, ist nach einer Auskunft des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Frage der Arbeitruhe in den Zeitungsbetrieben anlässlich der Kundgebung der Reichsregierung am 21. März 1934 in gleicher Weise zu regeln, wie bei der Feier am 10. November 1933. Von der Arbeitsunterbrechung kann in Zeitungsbetrieben insoweit eine Ausnahme gemacht werden, als es sich um die Fertigstellung, den Vertrieb und den Versand der Zeitungen handelt. Die pünktliche Herausgabe der Zeitungen soll nicht verzögert werden.

Um die Bezahlung der Arbeitsstunden am 21. März

Berlin, 19. März. Wie amtlich mitgeteilt wird, regelt sich die Frage der Bezahlung der Arbeitsstunden, die wegen Teilnahme an den feierlichen Veranstaltungen am 21. März, insbesondere an der Kundgebung der Rede des Führers ausfallen, ebenso wie feierlicher bei der Übertragung der Rede des Führers aus den Siemenswerken vor den Wahlen des 12. November 1933. Eine Bezahlung der ausfallenden Arbeitsstunden findet also nicht statt. Es ist jedoch allen Arbeitnehmern Gelegenheit zu geben, die ausfallenden Arbeitsstunden nachzuholen.

Soheitschilder für die Dienststellen der NSDAP

Berlin, 19. März. In nächster Zeit erhalten, wie die „Wanderhalle“ meldet, sämtliche Dienststellen der Kreisgruppen- und Stützpunktleitungen der NSDAP, auf Anordnung der Reichsleitung einheitliche Schilder, die an den Grundrissen, in denen sich die Geschäftsstellen befinden, angebracht werden. Die Schilder führen neben der Dienststellenbezeichnung das Soheitszeichen der Partei.

Generalinspekteur Todt über „Reichsautobahn und Landschaftsbild“

Berlin, 19. März. Anlässlich der Bauaufnahme auf zahlreichen Autobahnstrassen am 21. März stellt der Generalinspekteur des deutschen Straßenwesens, Dr. ing. Todt, der Zeitschrift „Die Autobahn“ folgende Ausführungen zur Verfügung:

„Nicht öde Rennstrecken werden wir bauen, sondern Straßen mit einem der deutschen Landschaft entsprechenden Charakter. Wohl ist Sicherheit bei den wesentlich höheren Geschwindigkeiten, wie sie heute üblich sind, die erste Bedingung. Für den Entwurf einer Reichsautobahn nicht minder wichtig ist die Forderung, diese neuen Straßen harmonisch der deutschen Landschaft anzupassen. Der Bau der Reichsautobahn ist das erste gewaltige Werk der Technik, das vom nationalsozialistischen Reich in Anspruch genommen wird. Dieses Werk muß zum Ausdruck technischer Gestaltung im nationalsozialistischen Sinn werden. Auch für die Technik gilt das Wort: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Ueber den Eigennutz des rein technischen Zwecks steht auch für die Autobahn der Nutzen für die Gesamtheit. Sinnvolle Einpassung der Straßen in die Landschaft ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Gemeinnutzes der Autobahn. Mit dieser Aufgabe werde die Reichsautobahn zur gewaltigsten Aufgabe des Ingenieurwesens. Nicht theoretische Kenntnisse und gelernter Formeln, sondern höchste schöpferische Begabung wird von den Ingenieuren verlangt, die diese Straßen zu entwerfen haben.“

Hermann Reef erkrankt

Berlin, 19. März. Wie das Amt für Beamte, Berlin, mitteilt, befindet sich der Leiter des Amtes für Beamte bei der obersten Leitung der WD und Führer des Reichsbundes der deutschen Beamten, Hermann Reef, seit Montag im Krankenhaus, wo er längere Zeit zubringen wird. Für die Dauer seiner Krankheit hat er seinen Stellvertreter im Amt für Beamte, Stabsleiter Hg. Josef Reusch-München, mit der Führung des Reichsbundes der deutschen Beamten beauftragt.

Mussolini zur Außenpolitik

Deutschland kann auf die Dauer nicht entwaffnet werden

Rom, 19. März. In der zweiten Fünfjahresversammlung des faschistischen Regimes, die in der Kgl. Oper zu Rom die sämtlichen Führer und höheren Unterführer der Partei, den Senat und die neu zu wählenden Abgeordneten, die staatlichen Behörden und die höchsten Dienstgrade des Heeres und der Marine vereinigte, hielt Mussolini eine stürmisch begrüßte Rede, in der er einen kurzen Rückblick auf die letzten fünf Jahre, eine knappe außenpolitische Uebersicht und dann in großen Zügen die Richtlinien gab, die für die zukünftige Politik des Faschismus maßgebend sind.

Außenpolitisch betonte er die herzlichen Beziehungen zu Schweden, mit der ablaufenden Freundschaftsvertrag im September erneuert werde, die Freundschaft zu Ungarn und zum selbständigen Oesterreich. „Oesterreich weiß, daß es auf uns rechnen kann.“ Mit Südslawen seien die Beziehungen normal, sie können verbessert werden, wenn sich die Bedingungen dazu ergeben. Zwischen Italien und Frankreich habe sich die Lage im allgemeinen sehr verbessert. Auf Deutschland kam Mussolini auf dem Umwege über Völkerbund und Abrüstung zu sprechen. Er betonte zum erstenmal wieder seit einiger Zeit in scharfer Form die Notwendigkeit der Gleichberechtigung für die im Weltkrieg unterlegenen Staaten. „Zu glauben, daß ein großes und starkes Volk wie das deutsche in einer bewaffneten Welt auf die Dauer entwaffnet gehalten werden kann, ist eine Illusion, die — fügte er mit einem Lächeln hinzu — vielleicht durch die Tatsachen bereits überholt ist.“ Die Reform des Völkerbundes sei erst notwendig, wenn sich der Erfolg der Abrüstungskonferenz gezeigt habe. Wenn diese scheitere, brauche man auch nur noch das Ableben des Völkerbundes festzustellen.

In innenpolitischer Hinsicht verkündete der Duce, daß nicht nur die Großstädte saniert werden müßten, sondern daß auch die dringende Kraae aensunder Wohnunnen für die Bauern in Angriff genommen werden müsse. In Italien gebe es 3390 000 einzelne Bauernhöfe, von denen 140 000 geradezu unbewohnbar seien, während jeweils gegen eine Million größerer oder kleinerer Verbesserungen bedürften, um ein gesundes Wohnen zu ermöglichen. Innerhalb zwei Jahrzehnten sollten alle italienischen Bauern gesund wohnen. Das werde auch das beste Mittel gegen die hasseuswerte Verklüftung des Volkes und gegen den Geburtenrückgang sein, dem Mussolini in scharfer Belorgnis längere Ausführungen widmete. Wie eine ernste Mahnung klangen seine Worte: „Wenn es heißt zwischen Tod und Leben zu wählen, so kann ich mir nicht vorstellen, daß das italienische Volk den Tod wählt.“

Dann zeichnete der Duce, nachdem er in bezug auf die Militärsituation den Grundlag ausgesprochen hatte, „Es gilt klar zu sein“, die großen Linien für die zukünftige weltpolitische Entwicklung des italienischen Volkes. Italien sei mehr eine

Insel als eine Halbinsel. Es liege vollkommen geschlossen da in völkischer, sprachlicher, religiöser Hinsicht und mit sicheren Grenzen an den Alpen. Im Norden sei für Italien nichts zu holen. Im Westen auch nichts. „Die große Aufgabe für uns liegt in Afrika und Asien. Ueber das Mittelmeer hinweg werden wir nicht territoriale Eroberungen machen, das betone ich ausdrücklich, sondern die natürliche Expansion des italienischen Volkes soll besonders Afrika in den Kreis der europäischen Kultur ziehen, wie das die fäkulare Aufgabe des alten Roms gewesen ist.“ Scharf wanderte sich der Duce gegen jenen unbeherrschbaren Konservatismus, der dieser Expansion des faschistischen Italiens sich in den Weg stelle. Mussolini schloß mit einem Ausblick auf die Vorherrschaft Italiens in der Welt.

Pariser Erregung über die Rede Mussolinis

Paris, 19. März. Die Sonntagsrede Mussolinis hat in Paris wie eine Bombe eingeschlagen. Man glaubte bisher hier, als Vermittler zwischen Italien und der Kleinen Entente einen kleinen Schritt vorwärts gekommen zu sein und vor allem dadurch, daß man Italien gewissermaßen den Vortritt im Donauboden überließ, dieses für den französischen Standpunkt in vielen aktuellen außenpolitischen Fragen, die Verträge, Sicherheit und Abrüstung, gewonnen zu haben. Mit Betrübniß und Empörung stellt nun die Presse fest, daß alle diese Erwartungen durch die Rede des Duce zertrümmert sind. Außerdem bezeichnen die Blätter die von Mussolini entwickelten Gedankengänge als höchst gefährlich.

Der offiziöse „Petit Parisien“ will einen Widerspruch zwischen der Rede und dem Eindruck der römischen Verhandlungen feststellen, in denen man eine „Anstrengung“ zur Schaffung einer Atmosphäre des Ausgleichs und der Zusammenarbeit in Mitteleuropa erblickte. Die Rede des Duce störe die Atmosphäre.

Das „Journal“ schreibt: Die Rede des Duce ist der Sammelruf an alle Kräfte, die ihren Platz an der Sonne fordern und auch an alle Unzufriedenen, die unter dem Vorwand der Wiedergutmachung von Unrecht den Umsturz wollen.

Im „Echo de Paris“ nennt Vertinay die Rede ausgesprochen revisionistisch. Die Kleine Entente werde durch die Erklärungen über die berechtigten Ansprüche Ungarns zurückgestoßen. Mussolini könne nicht das Scheitern des Viermächte-Vertrages und den Abschluß des Baltanvertrages verzeihen. Er kehre nunmehr zu seinen Hegemonieplänen in Mitteleuropa zurück, die er gemeinsam mit dem ungarischen Totalitarismus verfolge. Auf die Dauer aber könne dieses Spiel nur dem Pan-germanismus das Bett bereiten. Die Ansprüche Italiens auf Asien und Afrika könnten nicht als freundschaftlich gelten. Jedenfalls habe Mussolini den Kopf verloren. Seit einem Jahre gingen keine sämtlichen diplomatischen Initiativen fehl. Daher fühle er das Bedürfnis, seine Hörer noch bis zum Weißglücken zu bringen.

Der römische Vertrag

Drei Protokolle über politische und wirtschaftliche Abmachungen

Rom, 19. März. Die Zahl der im Palazzo Venezia von Mussolini, Gömbös und Dollfuß unterzeichneten Protokolle beträgt drei.

Das erste Protokoll ist politischen Charakters und erklärt, daß die drei Regierungschefs, in der Absicht, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und die Wirtschaft wieder aufzubauen, auf der Grundlage der Beachtung der Unabhängigkeit und der Rechte jedes Staates sich verpflichten, sich über alle Fragen zu einigen, die sie besonders interessieren und über die allgemeinen Fragen im Geiste der bestehenden Freundschaftsverträge eine einheitliche Politik der wirksamen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, besonders aber zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn zu finden. Sie sind überzeugt, daß auf diese Art die tatsächlichen Grundlagen für eine weitgehende Zusammenarbeit mit den anderen Staaten gelegt werden konnte.

Die weiteren beiden Protokolle betreffen den Aufbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn auf der Grundlage der Konferenz von Stresa und den im italienischen Donau-Memorandum festgelegten Richtlinien. Der Inhalt ist kurz folgender:

1. Erweiterung der zwischen Italien, Oesterreich und Ungarn bestehenden zweiseitigen Handelsverträge, um den gegenseitigen Export zu fördern;
2. Einräumung von Vorzugszöllen für österreichische Industrieprodukte sowie Abschluß von Abkommen zwischen der österreichischen und der italienischen Industrie;
3. Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten, die Ungarn aus dem tiefen Getreidepreis erwachsen;
4. Förderung des Durchgangsverkehrs in den Adria-Säen.

Die Sachverständigen sollen die Arbeiten fortsetzen, um zu den in den Protokollen festgesetzten Abkommen zu gelangen. Sie kommen am 5. April wieder in Rom zusammen. Die neuen Abkommen sollen bis zum 15. Mai fertiggestellt werden.

Die italienische Presse über die Bedeutung der Protokolle

Milano, 19. März. Der „Popolo d'Italia“ sagt, Italien wolle mit den römischen Vereinbarungen eine Zone der Ruhe in Mitteleuropa schaffen, die sich gradweise ausbreiten könne. In Rom habe jetzt eine große Klärung ihren Anfang genommen und es sei das Angebot der Mitarbeit an die anderen Staaten ergangen. Die „Stampa“ schreibt, daß Italien nach wie vor entschieden Gegner von Allianzen Geheimverträgen und Blockbildungen sei. Daß man zu einer härteren internationalen Zusammenarbeit nicht mit dem italienischen Mittel von Konferenzen universellen Charakters komme, sondern nur durch den schrittweisen Abschluß von Einzelverträgen sei allgemeine Ueberzeugung. Deutschland und die Kleine Entente hätten nicht nur das Abkommen in Stresa unterschrieben, sondern auch das italienische Memorandum angenommen. Die jetzt getroffenen Vereinbarungen realisierten die damals allerorts gutgeheißenen Grundzüge für einen Teil Europas. Der „Corriere della Sera“ stellt fest, daß die jetzt getroffenen Vereinbarungen der Anfang der Verwirklichung der theoretisch schon lange angenommenen Grundzüge sei. Die Freundschaft der drei Staaten schließe gute Beziehungen mit den Nachbarn nicht aus.

Gömbös über die Ergebnisse

Budapest, 19. März. Ministerpräsident Gömbös ist am Sonntag abend in Budapest angekommen. Unmittelbar nach seiner Ankunft gab er im ungarischen Rundfunk über die Vereinbarungen in Rom eine Erklärung ab, in der er vor allem der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Mussolini gedachte. Die Verhandlungen in Rom hätten zu einem für Ungarn zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Wer zu lesen verstehe, werde sowohl aus dem politischen als auch aus dem wirtschaftlichen Protokoll im richtigen Sinne folgern können. Jeder zur Zeit noch außenstehende Staat werde bei dieser Zusammenarbeit gern gesehen, sofern die materiellen und objektiven Voraussetzungen

gegeben sein. Als eines der wichtigsten Ergebnisse der Rom-Konferenz bezeichnete Ministerpräsident Gombos die Ablehnung von den Autarkiestrebungen. Nicht das Streben nach Selbstversorgung der einzelnen Staaten, sondern die Schaffung größerer wirtschaftlicher Komplexe könne Europa aus seiner gegenwärtigen schwierigen Lage retten.

Dollfuß über Rom

Wien, 19. März. Bundeskanzler Dr. Dollfuß gab dem Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle eine längere Erklärung über die Ergebnisse der römischen Konferenz. Er wiederholte, daß es sich in Rom um volkswirtschaftliche Aufbauarbeiten gehandelt habe. Die Ergebnisse seien nicht gegen irgend einen Staat oder eine Staatengruppe gerichtet. Die Konferenz sei ein erster Schritt, dem unter Beitritt anderer Staaten weitere Entwicklungsphasen folgen könnten. Die Erfolge von Rom seien als der Beginn engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit nicht nur zwischen Italien, Österreich und Ungarn, sondern auch als eine Grundlage anzusehen die weitere und größere Zusammenarbeit im europäischen Wirtschaftsraum vorbereiten kann. Der Bundeskanzler kam auch auf das im Vorjahre zwischen Österreich und dem Vatikan abgeschlossene Konkordat zu sprechen. Er erwähnte, daß er in Unterredungen mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli die einzelnen Bestimmungen des Konkordates noch einmal durchgegangen sei. Diese Arbeit sei notwendig gewesen da mit Rücksicht auf die neue österreichische Verfassung, die nun der Vollendung entgegenstehe, verschiedene Punkte des Konkordates und der Verfassung auf ihre Übereinstimmung geprüft werden müßten. Auch diese Besprechungen seien vom Geiste voller Übereinstimmung getragen gewesen. Er könne schon heute mitteilen, daß die Ergebnisse auch dieses Teiles der römischen Konferenz eine reifliche Einigung gebracht hätten.

Befriedigung in Wien

Wien, 19. März. Das Ergebnis der römischen Konferenz wird, wie zu erwarten war, von der gesamten Regierungspresse als ein Ereignis von größter internationaler Tragweite, als der entscheidende Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Donauraumes und die Lösung von der bisherigen antarktischen Zollpolitik der europäischen Mächte hingestellt. Die Presse unterteilt übereinstimmend die für die Zukunft gesicherte Zusammenarbeit zwischen Italien, Österreich und Ungarn. Es wird wiederholt auf den erwarteten Beitritt der Kleinen Entente hingewiesen und die Zustimmung der französischen Regierung zu der Vereinbarung hervorgehoben. Naturgemäß lüdt die Presse das Ergebnis der Konferenz als einen großen Sieg der österreichischen Regierungspolitik und als das persönliche Verdienst des Bundeskanzlers Dollfuß hinzustellen, jedoch kommt verschiedentlich an verletzter Stelle zum Ausdruck, daß die unterzeichneten Protokolle noch keine neue Garantie der Unabhängigkeit Österreichs enthalten und noch der politischen Richtung hin nur ganz allgemein gefaßt seien.

Die christlich-sozialen „Reichspost“ erklärt, das Vertragswerk sei ein Freundschaftsbündnis, auch wenn kein Pakt und kein Bloß geschaffen worden seien. In der „Neuen Freien Presse“ wird die Auffassung zutändiger italienischer Stellen dahin wiedergegeben, daß der neue Donauplan nur einen Rahmen darstellt, der im Laufe der kommenden Entwicklung gefüllt werden müsse. Ob die Schaffung einer Freihandelszone tatsächlich die gewünschten Erleichterungen bringen werde, müsse jetzt abgewartet werden.

Dollfuß berichtet dem Bundespräsidenten über das römische Vertragswerk

Wien, 19. März. Bundeskanzler Dollfuß hat am Montag dem Bundespräsidenten Miklas Bericht über seine Verhandlungen in Rom erstattet; im Laufe der nächsten Tage wird der Bundeskanzler auch dem Ministerrat über die Ergebnisse seiner römischen Verhandlungen und die Auswirkungen des römischen Vertragswerkes unterrichten.

Die in Rom vorgelegenen Sachverständigen-Verhandlungen werden, wie mitgeteilt wird, bereits in den nächsten Tagen mit technischen Vorbesprechungen in Wien und Budapest beginnen. Die abschließenden Verhandlungen werden dann in Rom stattfinden. Die Ratifizierung der wirtschaftlichen Vereinbarungen soll Mitte Mai erfolgen.

Wie von zutändiger Seite mitgeteilt wird, ist in den Besprechungen in Rom die Habsburger Frage weder offiziell noch inoffiziell erörtert worden, da für keine der drei Regierungen eine Veranlassung vorgelegen habe, die Habsburger Frage zur Verhandlung zu stellen, und derartige Pläne zurzeit nicht beständen. Auf Anfragen über eine Erörterung der deutsch-österreichischen Frage wird lediglich mitgeteilt, daß die Besprechungen in Rom keine neue Phase in der deutsch-österreichischen Angelegenheit ergeben hätten.

Ditha will Sinnu.

Roman von Klara Haidhausen.

Archeverrechtsschutz durch Verlagsanstalt Manz, Regensburg.
33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Gewiß, er hatte sich redlich Mühe gegeben all die Wochen her, die seit jenem Malabend verstrichen waren, um mit den nun einmal gegebenen Tatsachen fertig zu werden. Auch die Trennung von Ditha und die große Verantwortung, die seither auf seinen Schultern lag, mochten dazu beigetragen haben, ihm das Überwinden zu erleichtern. Trotzdem war ein Wundern in ihm, mehr noch — ein Gefühl leiser Unzufriedenheit mit sich selbst, daß es ihm so leicht werden sollte mit dieser ersten großen Enttäuschung seines Lebens fertig zu werden.

Oder hatte er sich über sich selbst in einem Irrtum befunden? War sein Gefühl für Ditha gar nicht das eine Große, Unüberwindbare gewesen? —

Lore hatte mit steigender Besorgnis beobachtet, wie Dr. Römer in seine eigenen Gedanken verloren immer stiller geworden war. Sie hatte sich tapfer gezwungen, unbefangenen weiter zu plaudern, aber es war ihr recht weh ums Herz. Sie glaubte ja zu wissen, was Gert Römer bedrückte. Dithas Brief mußte ja die Wunden in ihm aufs neue aufreißen. Wenn sie ihm wenigstens durch ein liebes Wort ihre Teilnahme hätte ausdrücken dürfen! Aber sie wagte es nicht. Es würde seinen Mannesstolz, der ohnedies durch Dithas Ablehnung schon empfindlich genug getroffen war, noch mehr verletzen, in ihr eine Mitwisslerin sehen zu müssen. —

Arme, kleine Lore! Sie war so glücklich gewesen all die Tage her! Ohne daß sie es selbst wußte, hatte in einem Winkel ihres Herzens eine feine, zarte Blume Wurzel geschlagen, die Hoffnung, die Hoffnung, daß Gert Römer eines Tages seine unglückliche Neigung überwinden und sein Herz einem neuen Glück öffnen würde, das vielleicht — ach vielleicht Lore Berger hieß!

Die französische Note an England

Frankreich stellt neue Sicherheitsforderungen

Paris, 19. März. Die französische Antwort auf die englische Denkschrift in der Rüstungsfrage ist ziemlich lang. Sie umfaßt acht Schreibmaschinenseiten. Der diplomatische Mitarbeiter der Haas-Agentur will die Hauptgedanken des in dieser Note zum Ausdruck gebrachten französischen Standpunktes kurz umreißen können. Die französische Regierung solle dem von der englischen Regierung gestellten Ziel, der Aufrechterhaltung des Friedens, Anerkennung. Sie erkenne auch an, daß die Auslösung unter den Völkern hierfür die unerlässliche Voraussetzung sei, betone jedoch, daß diese Auslösung nicht unter zweideutigen Umständen erfolgen könne. Frankreich habe bereits seit 1919 seine Truppenbestände um mehr als die Hälfte im Verhältnis auf die Truppenstärke von 1914 herabgesetzt und seiner Militärorganisation einen ausgesprochenen Verteidigungscharakter (?) gegeben. Somit habe Frankreich seinen Friedenswillen hinreichend bewiesen. (?) Wenn man Frankreich heute vorschläge, auf dem Abrüstungswege noch weiter zu gehen, lehne es das nicht grundsätzlich ab, vorausgesetzt, daß seine Sicherheit nicht gefährdet werde.

Deutschland fordere jetzt offiziell Kriegsmaterial und bewaffnete Streitkräfte im Widerspruch zu allen Grundgesetzen, die bisher von der Abrüstungskonferenz in Ausführung des Versailles-Vertrages angenommen worden seien. Das in Aussicht genommene Abkommen dürfe nicht die Abrüstung gewisser Nationen und die Erlaubnis der Aufrüstung für andere Staaten zum Gegenstand haben. Die Abrüstungskonferenz habe niemals ein derartiges Ziel gehabt. Man müßte besonders wissen, wie die „halbmilitärischen deutschen Verbände“ ihren gegenwärtigen Charakter verlieren und einzig und allein politische Vereinigungen werden könnten. Frankreich trete dem englischen Vorschlag bei, das gesamte Militärlagerwesen in der Welt zu beschränken, jedoch dürfe man sich nicht vereinklichen, daß wenn man eine Landaufrüstung gewisser Mächte erlaube, das unvermeidlich zu einer entsprechenden Flottenaufrüstung gewisser Mächte führen werde, selbst wenn man die Regelung dieser besonderen Frage bis zur Flottenkonferenz im Jahre 1935 vertage.

Ubrigens liege die Lösung der Abrüstungsfrage vor allem in der Organisierung der Sicherheit. Gewiß verfolge Frankreich nicht die Bürgerkriegen, die der Rheinakt ihm gebe, insbesondere, was England anlangt. Aber das Locarno-Abkommen finde keine Anwendung auf andere Mächte. Die europäische Zusammenarbeit müßte demnach organisiert werden, daß sie jeden Versuch gegen die Abrüstungsabkommen unterbinde und jeden Angriff verhindere. Der englische Vorschlag einer „Konsultation unter den Unterzeichnermächten des Abkommens“ im Falle einer Verletzung sei ein interessanter Abschnitt auf diesem Wege, aber leider noch ungenügend hinsichtlich der Bestimmungen des Völkerbundesvertrages.

Letzten Endes bleibe der Völkerbund der einzige Organismus, der die Aufgabe der Organisierung des Friedens übernehmen könne. Der Fortgang Deutschlands aus Genf könne wahrlich nicht neue deutsche Forderungen in der Rüstungsfrage rechtfertigen. Wenn Deutschland dagegen seinen Platz in Genf wieder einnehmen würde, wo es stets auf dem Fuße völliger Gleichheit behandelt worden sei (?), würde es dadurch einen Beweis seiner bona fides erbringen, und die Aussprache über die Abrüstung könnte mit Erfolg fortgesetzt werden.

Zusammenfassend sei zu sagen, daß Frankreich nicht einen Entwurf annehmen könne, der „die unter Verletzung des Versailles-Vertrages und in nicht kontrollierbarem Umfang vorgenommenen Aufrüstung Deutschlands“ legalisiere und angedeutet zur Folge haben würde, die Rüstungen Frankreichs unter Bedingungen zu beschränken, die seiner Sicherheit nicht mehr verbürgten.

Kein Beitritt Rußlands zum Völkerbund

Kiew, 19. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, erklären die amtlichen russischen Stellen, daß die Nachrichten, die Sowjetregierung habe beschlossen, im Dezember dem Völkerbund beizutreten, unrichtig seien. Die russische Regierung hat ihren Standpunkt zur Frage des Beitritts zum Völkerbund durch die Rede Litwinows auf dem Parteitag festgelegt. Neue Beschlüsse in dieser Frage sind bis jetzt noch nicht gefaßt worden.

Nun ließ das zarte, junge Pflänzchen matt das Köpfchen hängen, vom harten Hauch der Enttäuschung berührt, und die kleine Lore mußte sich sehr zusammennehmen, es nicht ebenso zu machen. Sie seufzte sich plötzlich darnach, dieses Zusammensein abzulösen und zog ihren Arm aus dem des Doktors. Ihre Stimme klang ein wenig gepreßt, als sie sagte: „Wir müssen nun doch ins Haus, Doktor! Das Härbeli ...“

Römer schredte aus seiner Versunkenheit empor. „Richtig, das Härbeli — vergehen Sie, aber das hatte ich ganz vergessen!“

Rasch schüttelte er den Bann ab, der auf ihm gelegen war. Zum Ausdruck, was half alles Grübeln und Philosophieren über Dinge der Vergangenheit? Sein Blick umfaßte all das Blühende ringsum und das reizende junge Mädchen an seiner Seite. Wie schön war doch die Gegenwart und wert gelebt zu werden!

„In jäh aufspringendem Inadrenanten Abermut sagte er Lore an der Hand und zog sie im Laufschrift hinter sich her dem Hause zu. „Acht, Fräulein Lore! Marisch, marisch!“

Lore war zwar ein wenig atemlos, als sie nach diesem Dauerlauf an den Stufen der Veranda haltmachten, aber das Hoffnungsbäumchen in ihrem Herzen, das war wieder mitten im schönsten Blühen. Er konnte ja lachen und scherzen — da hatte ihm wohl die Nachricht von Ditha gar nicht so sehr weh getan!

Sie wußte nicht recht, was sie eigentlich davon hatten sollte, die kleine Lore, sie wußte nur das eine: Daß sie sehr glücklich war über Gert Römers Lachen und daß sie nur zu gern dazwischen einstimme. Wie das blühende Leben selbst stand sie vor dem jungen Arzt. Ihre hellen Augen strahlten selbstvergessen in sein lachendes Gesicht. Vergessens verlor sie ihrer Stimme einen strahlenden Klang zu geben, als sie jetzt sagte: „Wie sehr ich nun aus, Doktor! So erhitze und zerzaute soll ich mich jetzt wohl mit Ihnen zu Tisch setzen?“

Er nickte vergnügt: „Ja, ja! Sie wissen wohl gar nicht, wie gut Ihnen das steht.“

Zur deutschen Antwort

Berlin, 19. März. Zur Veröffentlichung der deutschen Denkschrift vom 13. März schreibt die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz u. a.:

Die Sprache der neuen deutschen Denkschrift ist wie die ihrer Vorgänger würdig und klar, ohne deshalb weniger verständlich und entgegenkommend zu sein. Die deutsche Antwort kann mit Recht in ihrem Schlußsatz darauf hinweisen, daß nach deutscher Auffassung und dank der von Deutschland stets eingenommenen Haltung alle Voraussetzungen einer Verständigung gegeben sind und es nur noch darauf ankommt, daß auf französischer Seite der Entschluß zu dieser Verständigung gefaßt wird. Deutschland hat tatsächlich sehr viel getan und zugestanden, um die zwischen ihm und Frankreich bestehenden Auseinandersetzungen, an denen zu einem großen Teil das Schicksal der internationalen Abrüstung hängt, durch einen beiderseits erträglichen Ausgleich zu lösen. In Kürze muß sich an der Haltung Frankreich zeigen, ob weitere Verhandlungen einen Sinn haben oder ob die Hoffnung auf eine vertragliche Regelung der Rüstungsfrage aufgegeben werden muß. Es gehört ein starker Föhnismus dazu, wenn ein Land seine Sabotage an einem Friedenswert mit Gründen der Sicherung des Friedens zu rechtfertigen sucht. Die anderen Mächte, die sich ihr Urteil über die Sachlage längst gebildet haben, werden, ebenso wie Deutschland, in diesen Querstreichen einen Grund mehr sehen, der Sache des Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit unter der durch die Umstände gebotenen Wahrung ihrer Lebensinteressen treu zu bleiben.

Englische Stimmen zu den neuen Noten

London, 19. März. In der „Morning Post“ wird ebenso wie in anderen Blättern festgestellt, daß die französischen Antworten auf die deutsche Note an Deutschland und Großbritannien auf eine beachtliche vollständige Verwerfung der britischen Vorschläge hinauslaufen. „Morning Post“ sagt, die französische und ebenso die deutsche Note machten es ungewiss, daß der britische Abrüstungsplan keinen politischen Wert mehr habe und daß Frankreich und Deutschland einer Verständigung fernere seien denn je. „Daily Herald“ sagt, Großbritannien und Italien seien bereit, Deutschland ein begrenztes Maß von Aufrüstung zuzugestehen. Wenn Frankreich auch grundsätzlich einverstanden wäre, würde eine Wiederaufnahme der Besprechungen möglich werden, wenn nicht, dann sei alles zu Ende. Der liberale „News Chronicle“ schreibt, wenn Frankreich von England die Uebernahme von Verpflichtungen verlange, die über den Locarno-Vertrag hinausgingen, müsse es sich auf eine ablehnende Haltung der britischen Öffentlichkeit gefaßt machen. „Daily Mail“ wiederholt seinen Ruf nach einem englisch-französischen Bündnis und nach Schaffung einer starken britischen Luftstreitmacht. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ sagt, die deutsche Antwortnote habe einen Ton gebuldiger Höflichkeit. Die deutsche Regierung bleibe im wesentlichen bei ihrer bisherigen Haltung, mache aber mehrere interessante und vielleicht wichtige Änderungen und Zugeständnisse.

Vorbereitung der Saarabstimmung

Tagung des juristischen Unterausschusses

Genf, 19. März. Der juristische Unterausschuss, der aus drei neutralen Juristen Koiters-Holland, Baron Mart von Württemberg-Schweden und Borel Schweiz besteht und einzig mit der Abstimmung zusammenhängender Fragen juristisch zu klären hat, trat am Montag im Völkerbundssekretariat zusammen. Man nimmt an, daß die Beratungen einige Tage dauern werden. Die wichtigsten der ihnen überwiesenen Fragen sind folgende: Genauer Umgrenzung der der Völkerbundsart der Saarabstimmung zugehörigen Befugnisse und Pflichten. Hierunter fällt auch die Frage der etwaigen Heranziehung fremder Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ferner sollen sie bestimmen, was unter „Distrikten“ oder „Gemeinden“ als Abstimmungseinheiten im Sinne des Vertrages zu verstehen sind. Schließlich sollen sie neben einer Reihe von Punkten mehr technischer Art, die zum Teil auch nicht unerhebliche praktische Bedeutung haben können, noch klären, wer als „Einwohner“ abstimmungsbechtig ist. Nach Abschluß dieser Tagung des Juristen-Ausschusses wird der Dreier-Ausschuss des Völkerbundes zusammenzutreten.

Er mußte ein wenig schluden, um nicht mehr zu sagen. Es war so eine Art Verhüllung über ihm, daß heiße Gesicht da zwischen die Hände zu nehmen und mitten in diese hellen Blauaugen hinein zu sagen: Du liebes, liebes Mädchen Du! —

Und als er sie näher bei dem fröhlichen Mahl zu zweiten beobachtete, wie sie in ihrer fräulichen Art um ihn bemüht war, da wuchs die warme, weiche Zärtlichkeit in seinem Herzen und er wußte mit einemmal, daß er sich sehr darüber freute, daß Dithas Fortgehen ihm dieses Zusammensein mit Lore Berger befehlerte.

Lore hatte übrigens anfänglich nicht daran gedacht, gemeinsam mit Doktor Römer zu essen. Aber er hatte gleich am ersten Tag, als er den Tisch für sich allein gebetet fand, energisch protestiert, und darauf bestanden, daß die Mahlzeiten zusammen eingenommen wurden. Ganz von selbst hatte es sich dann ergeben, daß sie auch nach Tisch, während Dr. Römer seine Verdauungszigarre rauchte, beieinander sitzen blieben. Da erzählte er von der Klinik und den kleinen Patienten oder sie fanden in ihrer gemeinsamen Sorge um Ditha einen unerhöplichen Gesprächsstoff.

Aber auch darüber hinaus entdeckten die beiden jungen Menschen bald viele Berührungspunkte und gemeinsame Interessen, und ein herzliches gegenfeitiges Verstehen machte ihnen das Klauerstündchen beim dampfenden Wokta bald zur liebsten Stunde des Tages.

Sonst sahen sie sich wenig. Des Morgens brachte das Mädchen Gert das Frühstück auf sein Zimmer, nachmittags nahm er eine Tasse Tee drüben in der Anstalt. Die Abende aber verbrachte er wie bisher im Kreis seiner Freunde, teils draußen auf dem See — er war ein eifriger Wassersportler — teils in seinem Stammlokal, wo er auch die Abendmahlszeiten einnahm. Der Kollege, welcher während Dithas Abwesenheit als zweiter Arzt an der Klinik fungierte, war um diese Zeit stets zu erreichen und gern bereit die Vertretung des jüngeren Kollegen zu übernehmen, wenn irgend etwas Unvorhergesehenes dies nötig machen sollte.

(Fortsetzung folgt.)